

DIE USA, RUSSLAND UND DIE EU IN DER WELTPOLITIK

BERICHT ÜBER DIE 21. FRÜHJAHRSAKADEMIE SICHERHEITSPOLITIK
13. BIS 23. MÄRZ 2011, LAMBRECHT UND BRÜSSEL

BERTHOLD MEYER

Die Vereinigten Staaten von Amerika, Russland und die Europäische Union sehen sich zweifelsohne als wichtige Akteure in der Weltpolitik. Galten die USA und die Sowjetunion während des Kalten Krieges als die beiden Supermächte, so blieb an dessen Ende bei der Auflösung der UdSSR die USA als einzige übrig. Die Anschläge vom 11. September 2001 und die als Reaktion darauf geführten Kriege in Afghanistan und Irak haben die Macht Amerikas aber relativiert, während Russland nach einer Schwächeperiode während der 1990er Jahre dabei ist, sich wieder als Global Player zu positionieren. Demgegenüber mangelt es der Europäischen Union trotz des Vertrages von Lissabon noch immer an Kohärenz, so dass sie sich als außenpolitischer Akteur schwer tut.

Die 21. Frühjahrsakademie Sicherheitspolitik der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz (AARP) und des Zentrums für Konfliktforschung der Universität Marburg widmete sich vom 13. bis 23. März 2011 mit einer Vielzahl von Vorträgen, Podien und Begegnungen mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Militär den Fragen nach der weltpolitischen Rolle der USA, Russlands und der EU sowie ihrem Umgang mit den großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

An der Akademie nahmen 23 fortgeschrittene Studierende und Doktoranden teil. Diesen bot sie die Möglichkeit, durch die erfolgreiche Teilnahme an einer Abschlussklausur ein Zertifikat zu erwerben. Die Veranstaltung fand vom 13. bis 21. März in der PfalzAkademie in Lambrecht/Pfalz statt und schloss mit einer Exkursion nach Brüssel ab, um dort Gespräche mit Experten der EU-Kommission und des NATO-Hauptquartiers zu führen.

Prof. Dr. Berthold Meyer hat Rechts- und Politikwissenschaften, Soziologie und empirische Kulturwissenschaften an der Universität Tübingen studiert.

Von 1981 bis 2010 war er Mitarbeiter an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

Seit 1989 lehrt er an der Philipps-Universität Marburg und ist dort seit 1999 Honorarprofessor für Friedens- und Konfliktforschung.

Atlantische Themen 1/2011

© 2011 Atlantische Akademie Rheinland-Pfalz e.V.

Lauterstr. 2
67657 Kaiserlautern
Tel.: 0631-366 100
Fax: 0631-366 1015
www.atlantische-akademie.de
info@atlantische-akademie.de

ISSN 2192-5844



Atlantische Akademie



Rheinland-Pfalz

Im ersten Teil der Akademie ging es zum einen um die Erblasten des Kalten Krieges. *Prof. Dr. Bernd Greiner*, Hamburger Institut für Sozialforschung, untersuchte dabei vor allem die noch heute sichtbaren sowie die eher verborgenen „footprints“ des Ost-West-Konfliktes in den Gesellschaften der USA und Russlands. Zum anderen führte *Dr. Manfred Sapper*, Chefredakteur der Zeitschrift



Osteuropa, Berlin, in das politische System Russlands ein. Während der Ära Jelzin gab es zunächst eine demokratische Entwicklung. Zwar wurde diese in der Ära Putin formal weitgehend beibehalten, substantiell aber in Richtung Autoritarismus zurückgedreht, was von der Gesellschaft im Großen und Ganzen akzeptiert wird, weil es den meisten Menschen wirtschaftlich deutlich besser geht als in der Dekade zuvor. Dies bestätigte auch sehr anschaulich ein

diesem Kontext gehörender, aber aus organisatorischen Gründen erst später platzierter Abendvortrag von *Prof. Dr. Birgit Menzel*, Universität Mainz, über „Russland im Glamour – Kultur und Politik der Putin-Ära“, an den sich die Vorführung eines Dokumentarfilms „Rubljovka – Straße zur Glückseligkeit“ über das Leben der Neureichen an der Peripherie Moskaus und die Tendenz, weniger gut Situierte von hier zu verdrängen, anschloss.



Der zweite Teil befasste sich mit der außenpolitischen Entscheidungsfindung in Russland, den USA und der EU. In einem ersten Referat wandte sich *Dr. David Sirakov*, Atlantische Akademie, Kaiserslautern, der Frage nach Russlands Rückkehr zur Großmachtspolitik zu, wobei er zunächst die Konturen der russischen Außenpolitik darstellte, dann das Verhältnis zum Westen und zum nicht-westlichen Ausland beleuchtete und schließlich auf die Bedeutung der auswärtigen Wirtschaftspolitik zu sprechen kam. Dabei sei vor allem die Kontinuität russischer Außenpolitik durch die in der



russischen Elite geteilten Ideen zu erklären. Danach ging *Florian Böller*, M.A., TU Kaiserslautern, der Frage nach, ob sich die USA seit dem Wechsel in der Präsidentschaft von George W. Bush zu Barack Obama vom Weltpolizisten zur Smart Power entwickeln. Er zeigte dabei insbesondere auf, welche Blockaden es für den Wandel gibt, wobei das



Ergebnis der Zwischenwahlen vom November 2010, das den Republikanern einen deutlichen Zuwachs an Sitzen brachte, eine besondere Rolle spielt. *Prof. Dr. Berthold Meyer*, Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, untersuchte anschließend die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon unter der Frage, ob sie dadurch auf dem Weg zu einer außenpolitischen Selbstfindung sei. Dabei ging er zum einen auf die Schwierigkeiten der EU ein, gegenüber der



„Arabellion“ dieses Frühjahrs in Tunesien, Ägypten und Libyen eine einheitliche Position zu finden, zum anderen auf die grundsätzlichen Grenzen, zu einer Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mit einer europäischen Armee unter parlamentarischer Kontrolle zu gelangen.

Der dritte Teil der Akademie widmete sich den Beziehungen zwischen der EU, Russland und den USA unter der Frage nach Strategischen Achsen. In zwei Vorträgen sprach *PD Dr. Markus Kaim*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, zunächst über die beiden wichtigsten Paradigmen für die Beziehungen zwischen der NATO und Russland, nämlich das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und den Ansatz der hegemonialen Schule. Im zweiten Beitrag ging er der Frage nach, was die USA mit der NATO will, wobei der wichtigste Aspekt der der militärischen und finanziellen Lastenteilung insbesondere im Zusammenhang mit dem nun im zehnten Jahr befindlichen Afghanistan-Krieg ist. Daran anschließend betrachtete *Kirill Entin*, Higher School of Economics, National Research University Moscow, die Chancen und Risiken der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland aus einer russischen Perspektive. Russland verfügt weiterhin über starke militärische Fähigkeiten, so *Entin*, aber seinem Land fehlen Bündnispartner. *Entin* beklagte die "strategic loneliness" Russlands.



Der kurze Krieg zwischen Russland und Georgien im August 2008 hat sich zunächst dämpfend auf die europäisch-russischen Beziehungen ausgewirkt, aber inzwischen wächst auf beiden Seiten das Bedürfnis, die Partnerschaft zu intensivieren, um neuen Herausforderungen wie der Cyberkriminalität und dem Klimawandel begegnen zu können. Als nächster Referent trat *Janusz Bugajski*, Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C., auf. Er befasste sich in seinem ersten Beitrag mit Präsident Obamas Europapolitik unter dem Stichwort „Atlanticism Adrift“. Der Lissabon-Vertrag sei anfangs von der Obama-Administration begrüßt worden, aber das sei inzwischen der Einsicht gewichen, dass die EU-Staaten von einer einheitlichen Haltung noch weit entfernt seien. Im zweiten Beitrag ging es dann um eine amerikanische Einschätzung der neuen EU-Mitglieder im europäischen Projekt. Hierbei betonte *Bugajski*, dass diese Länder die internationale Finanzkrise besser überstanden hätten als die alten EU-Staaten. Im letzten Vortrag dieses Teils ging es um die 14 nicht-russischen ehemaligen Sowjetrepubliken vom Baltikum bis nach Zentralasien und ihre Beziehungen zur EU, den USA und zu Russland. Hierzu gab *Sergiy Gerasymchuk*,





International Programs Director at Strategic and Security Studies Group, Kiev, Ukraine, eine systematische Übersicht, aus der hervorging, dass es eine Reihe typischer Beziehungsmuster zu diesen drei Akteuren gibt, die stark davon abhängen, wie groß das Bedürfnis der Staaten nach 1990 war, sich aus dem Machtbereich Moskaus zu lösen.

Das Interesse des vierten Teils der Akademie galt der Rolle der drei Akteure in internationalen Organisationen, insbesondere der NATO und den Vereinten Nationen. Nachdem der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle und sein Planungsstabschef Vizeadmiral a.D. Ulrich Weisser im Oktober 2010 einen programmatischen Artikel unter dem Titel „Russland in die NATO“ veröffentlicht hatten, befassten sich einen Vormittag lang



Prof. Dr. Peter Schlotter, Universität Heidelberg, und *Ulrich Weisser* in einem Gespräch mit der Frage nach den Bedingungen, unter denen Russland in die NATO aufgenommen werden könnte. Während *Schlotter* die NATO theoretisch zwischen Militärbündnis und Sicherheitsgemeinschaft verortete, berichtete *Weisser* als ehemaliger Entscheidungsträger und Zeitzeuge, der im Auftrage seines Verteidigungsministers Rühle die Einbindung Russlands in die NATO vorantrieb – in den 1990er Jahren mit

Unterstützung der USA, die den Deutschen dabei die Initiative überließen. Beide differierten eher in Nuancen als im Grundsätzlichen, was die heutigen Möglichkeiten anging, Russland einen Platz in der NATO zu geben. Wenn sich die NATO als eine demokratische Sicherheitsgemeinschaft versteht und Russland sich wieder stärker in Richtung eines demokratischen Rechtsstaats entwickelt, macht eine Mitgliedschaft durchaus Sinn. Allerdings ist ein Status, der über eine Kooperation hinausgeht, wie sie im NATO-Russland-Rat angelegt ist, weder gegenwärtig noch in absehbarer Zeit zu erwarten. Danach ging *Prof. Dr. Sven Gareis*, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, der Frage nach, inwieweit der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ein Spielball der Interessenpolitik seiner fünf Ständigen Mitglieder (P 5) ist. Eng verbunden damit war die Frage, ob die UNO Akteur oder Arena der Weltpolitik ist. *Gareis* arbeitete die beiden Seiten des Vetorechts der P 5 heraus:



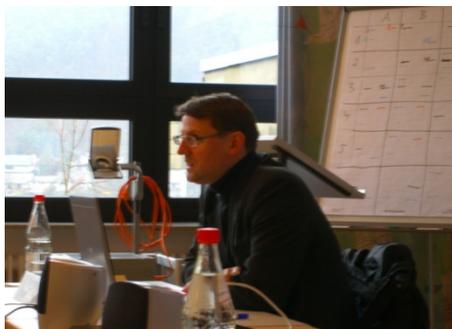
einerseits die Reduzierung von Willkür und der Zwang zum Interessenausgleich zwischen den großen Mächten, andererseits ihre Privilegierung und damit auch der Schutz ihrer Interessen und der ihrer Verbündeten. In diesem Spannungsverhältnis betrachtete er verschiedene Machtproben im Sicherheitsrat und auch die Reformdebatte. Ein auf die P 5 und Deutschland „reduzierter“ Sicherheitsrat „tagte“ am Ende dieses Teils in einem Prioritätenspiel von *Prof. Dr. Berthold Meyer* und *Julia Viebach*, M.A., Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, über einen An-



trag der Afrikanischen Union, das Verfahren des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Sudans Präsidenten Omar Al Bashir auszusetzen und damit den gegen ihn verhängten Haftantrag abzuwenden. Trotz teilweiser Übereinstimmung war es nicht möglich, zu einer gemeinsamen Stellungnahme des Rates zu kommen. Derartige Simulationsspiele gehören von Anfang an zu den Frühjahrsakademien und erfreuen sich immer großer Beliebtheit bei den Teilnehmergruppen.



In der letzten Lambrecht Phase der Akademie ging es darum, ob und inwieweit die EU, Russland und die USA beim weltpolitischen Krisenmanagement Teil des Problems oder Teil der Lösung sind. Dies untersuchte zunächst mit Blick auf die nuklearen Rüstungskontrollregime *Dr. Oliver Thränert*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin. Dabei spannte er den Horizont von der Frage nach der Realisierbarkeit der von US-Präsident Obama initiierten „Global Zero“ Zielsetzung bei der nuklearen Abrüstung über den Nicht-Verbreitungs-Vertrag und das „Neue START“-Abkommen, das vor kurzem von Obama und seinem russischen Kollegen Medwedew unterzeichnet wurde, bis hin zu dem Umgang mit den iranischen Nuklearprogramm. Die atomaren Ambitionen Ahamdinedschads waren auch Gegenstand eines weiteren Vortrages, den der



Physiker *Giorgio Franceschini* von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt, hielt. Er stellte die Entwicklung des zivilen Nuklearprogramms Irans vor, das schon zu Zeiten des Schah begonnen wurde, analysierte dann die gegenwärtigen Kapazitäten Teherans, zu der für eine „Bombe“ nötigen Menge

hoch angereicherten Urans (HEU) zu gelangen, was innerhalb von 6-18 Monaten möglich sei, wobei er allerdings die Einschätzung ergänzte, dass das Anreicherungsprogramm nach der Störung durch den Virus Stuxnet gegenwärtig eher schleppend verlaufe. Schließlich trug er auch noch Überlegungen vor, wie auf dem Verhandlungswege noch verhindert werden könne, dass Iran tatsächlich eine einsatzfähige Nuklearwaffe herstelle. Hierbei setze Obama auf eine Mischung aus "Engagement" und "Containment", während Russlands Rolle eher ambivalent sei. Es sei in der Iranfrage faktischer Verbündeter, aber auch potentieller Rivale. Der nächste Vortrag blieb in der Region und befasste sich mit der Konfliktlage im Nahen und Mittleren Osten insgesamt, wo Amerika unter Obama unter dem schweren Erbe seines Vorgängers agiere, während Russland hier seinen Wiedereintritt in die Weltpolitik versuche. Hierzu analysierte *Dr. Lars Berger*, University of Salford, England, zunächst die amerikanische Interessenlage, zu der die Konstanten Rohstoffversorgung und Unterstützung Israels gehören, während es die



Variablen Eindämmung des Kommunismus bis Anfang der 1990er Jahre und des islamistischen Terrorismus seither gehörten. Die russische Interessenlage sei durch Prestigedenken, Bodenschätze und Exportmärkte für die Ölindustrie und für Waffen zu definieren. Anschließend führte *Dr. Regina Heller* vom Institut für



Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg in ein Forschungsprojekt ein, in welchem sie mit mehreren Kollegen die Argumente für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland unter der Leitfrage vergleicht, ob überall die Rechtfertigung nach demselben Muster erfolgt. Um dies auch praktisch werden zu lassen, wurde der Teilnehmerkreis zeitweilig in Gruppen aufgeteilt, die amerikanische, europäische und russische Dokumente analysieren sollten. Dabei war es hilfreich, dass einige das Russische beherrschende TeilnehmerInnen anwesend waren. Auch die letzte Einheit befasste sich mit einem laufenden Forschungsprojekt, das von

Werner Distler, M.A., Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, vorgestellt wurde. Darin geht es um neue Perspektiven auf Peacebuilding und Statebuilding und damit auf eine soziologische Untersuchung von Interventionsgesellschaften und die Herausbildung einer Interventionskultur.



Nachdem diejenigen, die ein Zertifikat erwerben wollten, an einer dreistündigen Klausur teilgenommen hatten, reiste die Gruppe mit einem Bus nach Brüssel, um dort am letzten Tag drei Briefings von Mitarbeitern der EU-Kommission und zwei aus dem NATO-Hauptquartier entgegenzunehmen und mit diesen zu diskutieren. Zu diesem Zweck hatten zu Beginn der Akademie Arbeitsgruppen getagt und Fragenkataloge entwickelt, die dann rechtzeitig vor der Exkursion an die Brüsseler Referenten geschickt worden waren.

Für die EU trat zunächst *Dr. Michael Cwik* auf, ein äußerst engagierter Europäer, der sich während seiner Karriere sehr stark für das Zustandekommen der Gemeinschaftswährung eingesetzt hat, und die aktuellen Bemühungen um die Währungsstabilität auch in das Zentrum seiner Ausführungen stellte. Ihm folgte *Ulrich Weins*, der zum neuen diplomatischen Dienst der EU gehört und auch schon vorher für die Russlandpolitik der EU zuständig war. Diese habe viele Milliarden Euro in die Modernisierung Russlands investiert. Heute brauche der Partner diese Hilfe nicht mehr. Der Tiefpunkt der Beziehungen im Herbst 2008 sei Dank Medwedew inzwischen überwunden. Hauptprobleme seien aber noch die Bekämpfung der Korruption sowie die Sicherung des geisti-



gungswirtschaften. Die russische Interessenlage sei durch Prestigedenken, Bodenschätze und Exportmärkte für die Ölindustrie und für Waffen zu definieren. Anschließend führte *Dr. Regina Heller* vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg in ein Forschungsprojekt ein, in welchem sie mit mehreren Kollegen die Argumente für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland unter der Leitfrage vergleicht, ob überall die Rechtfertigung nach demselben Muster erfolgt. Um dies auch praktisch werden zu lassen, wurde der Teilnehmerkreis zeitweilig in Gruppen aufgeteilt, die amerikanische, europäische und russische Dokumente analysieren sollten. Dabei war es hilfreich, dass einige das Russische beherrschende TeilnehmerInnen anwesend waren. Auch die letzte Einheit befasste sich mit einem laufenden Forschungsprojekt, das von *Werner Distler, M.A.*, Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg, vorgestellt wurde. Darin geht es um neue Perspektiven auf Peacebuilding und Statebuilding und damit auf eine soziologische Untersuchung von Interventionsgesellschaften und die Herausbildung einer Interventionskultur.



gen Eigentums. Schließlich sprach *Dr. Albrecht Rothacher* vom Asienreferat der EU-Generaldirektion Außenpolitik über die Probleme bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu einer kohärenten Politik der EU zu gelangen.

Vom Hauptquartier der NATO sprach zunächst *Petr Lunák* über die NATO-Russland-

Beziehungen. Gemeinsame Interessen gebe es mit Blick auf Afghanistan, aber auch im Bereich der Raketenabwehr, bei der die NATO mit Russland zusammenarbeiten könne, ohne Russland jedoch einen Teil der Verteidigung der NATO-Länder zu übertragen. Zum während der Akademie immer wieder angeschnittenen Thema einer NATO-Mitgliedschaft Russlands führte er aus, dass es in strategischen Kreisen Russlands eine Diskussion darüber gebe, dass eine Mitgliedschaft um 2020 möglich sei. *Dr. Knut Kirste* von der NATO Public Diplomacy Division analysierte in seinem Vortrag das neue Strategische Konzept des Bündnisses, das auch auf eine organisatorische Straffung ausgerichtet ist. Am Rande nahm er auch auf die jüngsten Irritationen bei der Suche nach einer gemeinsamen Linie der Mitgliedstaaten für die Durchsetzung des von der UNO beschlossenen Überflugverbotes über Libyen Stellung. Dieses stand genau wie die Uneinigkeit der EU-Außenminister in dieser Frage auch im Mittelpunkt der Dinner Speech des Brüsseler FAZ-Korrespondenten *Dr. Nikolas Busse* beim Abschiedsessen der Frühjahrsakademie.

Die Akademie wurde von *Prof. Dr. Berthold Meyer* und *Julia Viebach, M.A.*, vom Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg sowie von Akademiedirektor *Wolfgang Tönnemann* und *Dr. David Sirakov* von der Atlantischen Akademie Rheinland-Pfalz geleitet, die zur Finanzierung der Veranstaltung dankenswerterweise auch auf Mittel der Bundeszentrale für Politische Bildung zurückgreifen konnte.

